

18
(Friedrich Wilhelm II.),

Verordnung

wegen

zweckmäßigerer Einrichtung

der

Eidesleistungen.



De Dato Berlin, den 26. October 1799.

Gedruckt bey Georg Decker, Königl. Geh. Ober-Hof-Buchdrucker.



Pal. III. 2477

Verordnung

Wegen

der beschlossenen Einrichtung

der

Einrichtungen



De dato Berlin, den 26. October 1799.

Gelesen in der Sitzung des Reichsgerichts am 26. October 1799.





Wir Friedrich Wilhelm
 von Gottes Gnaden, König von Preußen

2c. 2c. 2c.

Thun kund und fügen hiermit zu wissen. Nachdem über die
 ben Eyndeleistungen obwaltende Mißbräuche mancherley Klagen ge-
 führt worden, so haben Wir Allerhöchstseltst auf diesen für die Wohlf-
 fahrt des Staats sehr wichtigen Gegenstand Unse besondere Aufmerk-
 samkeit gerichtet.

Damit nun für die Zukunft allen nachtheiligen Folgen möglichst
 vorgebeugt werde, welche aus unnöthiger Vervielfältigung der Eynde-
 leistungen oder dem Mangel der erforderlichen Feyerlichkeit entstehen
 können; so finden Wir nöthig, durch gegenwärtige Verordnung fol-
 gendes festzusetzen.

§. 1.

Die bisher üblich gewesene Formulare der Amts- und Dienst-
Ende müssen kürzer und zweckmäßiger eingerichtet werden. Es darf
darin von dem zu Vereyndenden ein Mehreres nicht gefordert werden,
als was er bey pflichtmäßiger Anstrengung seiner Kräfte zu leisten im
Stande ist, so daß jede Verpflichtung, deren Befolgung an Umkög-
lichkeit gränzt, sorgfältig vermieden werden muß.

§. 2.

Zur Verhütung einer unnöthigen Wiederholung der Dienst-
Ende, müssen die Formulare so gefasset werden, daß sie die von je-
dem Officianten, nach Verschiedenheit seines Berufs, zu beobachtende
Amtspflichten dergestalt im Allgemeinen enthalten, daß zugleich auf
die jetzt und in der Folge bey vorfallender Veränderung in den Dienst-
verhältnissen zu erhaltende Instruktion Bezug genommen wird, und
es daher keiner erneuerten Vereyndung bedarf, wenn dem Offician-
ten, in demselben Departement, durch Versetzung oder weitere Be-
förderung, ein neuer Wirkungskreis angewiesen wird.

§. 3.

Nach diesen Vorschriften müssen wegen jeder Classe von Of-
ficianten die Formulare der Dienst-Ende von den vorgesetzten Behör-
den revidirt und verbessert werden.

§. 4.

Bei solchen Officianten, von welchen man nach ihrer Erzie-
hung und Bildung mit Sicherheit nicht voraussetzen kann, daß sie
von dem Zweck, der Wichtigkeit, und den Folgen eines Dienst-Endes
hinlängliche Kenntnisse haben, muß ihnen bey der Vorladung zur
Verpflichtung ein gedrucktes Formular der dieser Verordnung bey-
gefügten Vorhaltung zugesertigt, auch vor der Endesleistung Nach-
frage gehalten werden, ob dessen Inhalt von ihnen reiflich erwogen
worden, damit wenn dieses nicht geschehen seyn sollte, die Vorhal-
tung nachgeholt werden kann.

§. 5.

Die Endes-Formel muß jedem Officianten vor der wirklichen
Endesleistung zum Durchlesen zugestellt oder vorgelesen werden. In
so

so fern darin auf eine besondere Instruktion oder gesetzliche Vorschriften wegen der zu beobachtenden Amtspflichten Bezug genommen wird, muß Erkundigung eingezogen werden, ob der zu Vereynde sich von deren Inhalt hinlängliche Kenntniß verschafft habe, und nöthigenfalls die Vereydung so lange ausgesetzt werden, bis dieses bewürkt worden.

§. 6.

Der bisherige Gebrauch, dem Schwörenden den Dienst-End durch einen Secretarium stückweise vorlesen und von ersterem in gleicher Art nachsagen zu lassen, muß so viel möglich abgestellt, und die Endes-Formel dem Schwörenden eingehändigt werden, um sie selbst langsam und vernehmlich abzulesen. Nur in den seltenen Fällen, wo der Schwörende Geschriebenes nicht mit der erforderlichen Fertigkeit lesen kann, muß Vorlesung und Nachsprechung erfolgen, jedoch dafür gesorgt werden, jede Unverständlichkeit zu vermeiden, und nicht durch unzeitiges Abbrechen der Worte den Sinn zu verdunkeln.

§. 7.

Bei gerichtlichen Enden muß nach den auf das genaueste zu befolgenden in der allgemeinen Gerichts-Ordnung enthaltenen Bestimmungen jedem, aus deren Vervielfältigung zu besorgenden Mißbrauch vorgebeugt werden.

§. 8.

Es müssen daher die Endesabnahmen nur solchen Personen anvertraut werden, welche durch bewährte Rechtschaffenheit, so wie durch Ernst und Würde im Aeußern, auf besondere Achtung von Seiten des Schwörenden gegründeten Anspruch machen können, so daß Auskultatoren und Referendarien, welche sich noch nicht hinlänglich im Dienst routinirt haben, Geschäfte dieser Art nicht aufgetragen werden dürfen.

§. 9.

Bei den Endesleistungen müssen außer den Gerichtspersonen, dem Gegner auch beyderseitigen Assistenten, alle Zuschauer entfernt werden, damit derjenige, von welchem der End geleistet werden soll, nicht etwa durch Furcht übler Nachrede abgehalten werde, der Stim-

me seines Gewissens zu folgen, und eine Endesleistung abzulehnen, wozu er sich vielleicht anfänglich auf eine leichtsinnige Art bereit erklärt hatte.

§. 10.

Die nach Verschiedenheit des Glaubensbekenntnisses des Schwörenden gesetzlich eingeführte Betheurungs-Formeln und sonst zu beobachtende Ceremonien dürfen nicht abgekürzt oder verändert werden.

§. 11.

Die Gerichte müssen dahin sehen, daß sowohl überhaupt als insbesondere in Injurien-Sponsalien- und Ehescheidungssachen jeder unansändige, die Ehrbarkeit beleidigende oder zum Gespötte Anlaß gebende Ausdruck sorgfältig vermieden, und in Fällen, wo es auf dergleichen Aeußerungen ankommt, die Endes-Formel bezugsweise auf die vor der Endesleistung dem Schwörenden bekannt gemachte Gegenstände gerichtet werde.

§. 12.

Die Erkenntnisse, wodurch eine Endesleistung veranlaßt wird, sollen in Zukunft nicht nach dem bisherigen Gerichtsgebrauch dahin gefaßt werden:

daß eine Parthey zu schwören schuldig, verbunden, gehalten,

damit nicht der Unkundige zu dem Irrthum verleitet werde, als ob der Richter ihm die Endesleistung befohlen habe. Dagegen muß auch eine solche Fassung vermieden werden, welche es dem Willen der Parthey überläßt, ob der erkannte End zu leisten sey, da es nur einzig und allein darauf ankommt, ob die Parthey nach gewissenhafter Prüfung den End leisten kann.

Es sind daher die Erkenntnisse dahin zu richten:

daß die zum Ende zu verstattende Parthey schuldig sey, ernstlich zu prüfen, ob sie ohne Verletzung ihres Gewissens und ohne sich der Gefahr auszusetzen, als Meinenedig gestraft zu werden, einen End dahin u. leisten könne.

§. 13.

Vor jeder Eydesleistung muß demjenigen, der einen Eyd schwören will, die Eydes-Formel, nebst einem Exemplar der gegenwärtigen Verordnung beigelegt, diesem Zweck gewidmeten Vorhaltung zum eignen Durchlesen eingehändigt, oder wenn derselbe nicht lesen kann, von einer Gerichtsperson vorgelesen werden. Wenn dieses geschehen ist, muß dem Gegner oder dem Bevollmächtigten des Gegners freigestellt werden, der zum Eyde sich erbietenden Parthey dasjenige in Erinnerung zu bringen, was etwa nach den erfolgten Verhandlungen die Eydesleistung bedenklich machen könnte. Hiebey muß der Richter selbst mitwirken, jede Uebereilung verhüten, zur Abgabe der Erklärung, ob der Eyd geleistet, oder wenn es zulässig, dem Gegner zurückgeschoben werden solle, die erforderliche Bedenkzeit gestatten, und nicht eher zur wirklichen Eydesabnahme schreiten, als bis eine bestimmte Erklärung erfolgt ist, daß die Parthey, welche schwören will, nach reiflicher Erwägung der Wichtigkeit des Eydes und der obwaltenden Bedenken überzeugt sey, daß der Eyd mit gutem Gewissen abgeleistet werden könne.

§. 14.

Bei Zeugenvernehmungen ist die dieser Verordnung beigelegte hierzu bestimmte Vorhaltung jedem Zeugen vor der Abhörung zum Durchlesen einzuhändigen, oder wenn derselbe nicht lesen kann, von einer Gerichtsperson vorzulesen, und nöthigensfalls bey entstehendem Verdacht einer Leichtsinigkeit, Zurückhaltung der Wahrheit oder Partheylichkeit, deren Inhalt während der Vernehmung ernstlich in Erinnerung zu bringen.

§. 15.

Schließlich sind die in dieser Verordnung enthaltene Vorschriften von sämmtlichen Landes-Collegien und Gerichten auf das genaueste zu befolgen, damit Unsere Landesväterliche Absicht möglichst erreicht werde, daß Unsere sämmtliche Officianten den Dienst-Eyd als das heiligste Band ihrer Verpflichtung betrachten und jeder Mißbrauch verhütet werde, welcher sonst bey gerichtlichen oder Zeugen-Eyden statt finden könnte.

Des Endes befehlen Wir, daß diese Verordnung unverzüglich zum Druck befördert und in Unsern gesammten Staaten gehörig publicirt werde.

Urkundlich haben Wir solche eigenhändig unterschrieben und mit Unserm größern Inseigel bedrucken lassen. So geschehen Berlin, den 26sten October 1799.

Friedrich Wilhelm.



Jeh. v. Meinel, v. Goldbeck, v. Struensee.

Vorhaltung bey Dienst-Eyden.

Der Dienst-Eyd ist bestimmt, den Schwörenden feierlich anzuweisen zu lassen, daß er in treuer Wahrnehmung seines Amtes und strengster Erfüllung der ihm obliegenden Pflichten nicht allein den Vorschriften der Gesetze, sondern auch der innern Stimme seines Gewissens überall Folge leisten wolle. Die Erinnerung, diesen Eyd geleistet zu haben, soll und wird jeden rechtschaffenen Mann bewegen, die übernommene Verbindlichkeiten nicht allein so zu erfüllen, wie er es vor seinem Landesherren und den vorgesetzten Behörden, sondern auch wie er es vor dem höchsten Richter verantworten kann. Wer seiner eydlichen Zusage stets eingedenk bleibt, wird auch dann, wenn kein anderer Zeuge, als sein eigenes Gewissen gegen ihn auftreten könnte, jeder Gelegenheit zur Versuchung widerstehen und sich durch Menschenfurcht, Parthenlichkeit, Gewinnucht oder andere unlautere Absichten nicht abhalten lassen, überall mit unerschütterlicher Rechtschaffenheit zu handeln.

Bei jeder Eydesleistung wird Gott angerufen, den Meinend zu strafen und die genaue Befolgung der übernommenen Verpflichtung zu belohnen. Die feste Ueberzeugung von der göttlichen Allwissenheit, Allgegenwart, Gerechtigkeit und Allmacht muß jeden abhalten, sich Vernachlässigungen seiner angelobten Dienstpflicht zu erlauben, vielmehr auch die kleinste Abweichung von der erhaltenen Instruction auf das sorgfältigste zu verhüten.

Wer sich solchergestalt als ein gewissenhafter redlicher Diener des Königs betrügt und mit unwandelbarer Treue unermüdeten Dienst

Diensteifer verbindet, kann sich des göttlichen Segens und unaussprechlicher Belohnung in dieser oder jener Welt versichert halten, wird auch bey jeder Gefahr oder Widerwärtigkeit den Trost und die Beruhigung genießen, die nur allein ein unverletztes Gewissen gewähren kann. Auf gleiche Art wird auch von Seiten der vorgesetzten Behörden derjenige stets rühmlichst ausgezeichnet werden, dessen Dienstführung zeigt, daß er sich bey jeder Gelegenheit seinem cydlischen Angebbnisse gemäß beträgt und sich dadurch würdig macht, dem Landesherrn zur weitem Beförderung oder sonst zu erwartenden Gnadenbezeugung empfohlen zu werden. Dahingegen haben diejenigen, welche die feierlich beschworne Dienstpflichten vernachlässigen, oder sich so weit vergehen, der ihnen ertheilten Instruction freventlich entgegen zu handeln, außer der allgemeinen Verachtung, auch die in den Gesetzen den pflichtvergessenen Officianten angedrohte harte Strafen zu gewärtigen, welche nach Verhältniß des beträchtlicheren oder geringeren Verschuldens ohne Nachsicht und Ansehen der Person an ihnen unausbleiblich werden vollzogen werden.

No. 2.

Vorhaltung bey gerichtlichen Eyden.

Jeder Eyd, durch welchen eine rechtshängige Sache entschieden wird, erfordert von Seiten des Schwörenden die reiflichste Prüfung, ob er ohne Verletzung seines Gewissens sich zur Ableistung entschließen könne. Nur die innere Ueberzeugung von der Wahrheit derjenigen, was beschworen werden soll, kann ein rechtschaffenes Gemüth zu dem Entschluß bewegen, einen gerichtlichen Eyd zu leisten. Vorsätzliche Lügen sind schändlich, und Lügen vor Gericht sind unverzeihlich. Wer wißentlich etwas Unrichtiges endlich erhärtet, ist ein ruchloser Böswicht, der wegen eines solchen Frevels schon in dieser Welt durch die Marter seines ihn strafenden Gewissens unaufhörlich gezüchtigt wird. Ihn erwartet auf den Fall der Entdeckung die allgemeine Verachtung, der Verlust seiner Ehre, Aemter und Würden und harte Strafe der Obrigkeit. Aber auch wenn in dieser Welt keine Entdeckung erfolgt, wird er den göttlichen Zorn empfinden und früh oder spät den verdienten Lohn empfangen, daß er es gewagt, Gott zum Zeugen einer Unrichtigkeit aufzurufen.

Wer

Wer das von ihm zu Beschwörende für unrichtig hält, handelt rühmlich, wenn er die Eydesteistung ablehnt und zeitliche Vortheile fahren läßt, um ein unbescholttes Gewissen zu bewahren.

Dahingegen ist es ein unrichtiges Vorurtheil, wenn manche auch dann einen Eid zu leisten, Bedenken tragen, wenn sie von der Wahrheit desjenigen überzeugt sind, was durch den Eid bekräftigt werden soll. Kommt es auf Thatfachen an, von deren Betrandnis der Schwörende nicht aus eigener Kenntniß vollständig unterrichtet ist, so muß er sich bemühen, die Wahrheit so viel möglich zu erforschen, und ohne sich durch Gewinnucht oder andere Rücksichten leiten zu lassen, bloß der Ueberzeugung folgen, welche durch dasjenige begründet wird, was er glaubhaft in Erfahrung gebracht hat. Die lebhafteste Erinnerung an den ungewissen und vielleicht sehr nahen Augenblick des Todes, und der Gedanke an die Allwissenheit, Allmacht und Gerechtigkeit Gottes muß bey dem Entschlus, ob man einen Eid leisten könne, jede Unterdrückung der Stimme des Gewissens verhüten. Wer nach einer solchen Prüfung seiner Ueberzeugung treu bleibt, hat auf die allgemeine Achtung gegründeten Anspruch, kann sich an die Stunde der Eydesteistung jederzeit mit ruhigem Gemüthe erinnern, und Gott wird ihn in dieser und jener Welt segnen.

No. 3.

Vorhaltung bey Zeugen-Eyden.

Zum Zeugniß vor Gericht aufgefordert zu werden, ist ehrenvoll, weil man nur diejenigen dazu verstatet, welche sich bis dahin einen unbefcholtenen Ruf erhalten haben. Eingedenk dieses Vorzugs muß ein jeder bey Ablegung seines Zeugnisses sich des in ihn gesetzten Vertrauens würdig betragen. Wer bey der Sache, worüber er befragt werden soll, ein eigenes dem Gericht unbekannt gebliebenes Interesse hat, wer von deren Entscheidung Nutzen hoffen oder Schaden befürchten kann, wer mit einer der Partheyen in solchem Verwandtschafts- oder andern Verhältnisse stehet, daß ihn der Gegner, wenn er davon unterrichtet gewesen wäre, nicht zum Zeugniß verstatet haben würde, darf dieses alles dem Richter nicht verschweigen.

Der Wahrheit muß jeder Zeuge auch in den ihm unbedeutend scheinenden Umständen überall treu bleiben und sich davon durch Menschen-

shenfuucht, Freundschaft, Feindschaft oder irgend einen zeitlichen Vortheil nicht abhalten lassen.

Fälschlich Unwissenheit zu behaupten und dasjenige zu verschweigen, was man von Verwandsi der Sache mit Ueberzeugung anführen könnte, ist eben so strafbar, als wenn man wissentlich etwas Unrichtiges aussaget.

Kann man sich der Thatsachen, worüber man befragt wird, nicht mit Zuverlässigkeit erinnern, so ist es Pflicht, dem Richter genau anzuzeigen, was man als gewiß, oder was man nur als wahrscheinlich behaupten kann. Das, was man von andern erfahren, darf man nie mit demjenigen verwechseln, was man selbst gesehen, gehört, gelesen hat. Man ist daher schuldig, dem Gericht darüber vollständige Auskunft zu geben, auf welche Art man von jedem bekundeten Umstand Wissenschaft erhalten hat. Der Richter handelt auf Befehl und im Namen des Landesherren, und so wie jeder getreue Unterthan es nicht wagen würde, den Landesherren mit Unwahrheit zu hintergehen, so kann auch der Richter eine freymüthige und getreue Aussage fordern. Diese muß mit einem Eide bekräftigt werden, wodurch sich der Zeuge der Strafe Gottes unterwirft, wenn er den Ablegung seines Zeugnisses pflichtwidrig handelt. Gott ist allwissend, allgegenwärtig und gerecht, ihm ist nicht verborgen, ob der Zeuge der Wahrheit treu bleibt, und der Allerhöchste wird in dieser oder jener Welt denjenigen strafen, der ein falsches Zeugniß ablegt.

Das Bewußtseyn, ein solches Verbrechen begangen zu haben, stört alles zeitliche Glück; die Vorwürfe des Gewissens sind schrecklich und verfolgen den Frevler lebenslang, wenn er auch der Ahndung der Obrigkeit entgeht. Wird aber der Meineyd entdeckt, so ist nicht allein allgemeine Verachtung, Verlust der Ehre, Aemter und Würden, sondern auch verhältnismäßige strenge Bestrafung der wohlverdiente Lohn eines falschen Zeugen.

Man hat schon oft gesagt, daß die Ehre der Menschheit in der Wahrhaftigkeit besteht. Diese Ehre ist nicht bloß eine äußere, sondern eine innere, die in dem Gewissen liegt. Wenn man die Ehre der Menschheit zu erhalten wünscht, so muß man die Wahrhaftigkeit lieben und sie in jedem Falle befolgen. Nur so kann man die Ehre der Menschheit erhalten und die Welt vor dem Verfall bewahren.

Anweisung

wegen

abzukürzender Dienst = Eyd

sämmlicher

Justiz = Officianten.

Nachdem Seine Königliche Majestät von Preußen, Unser aller gnädigster Herr, vermittelst der Allerhöchstseltst vollzogenen Verordnung vom 27ten October c. zu befehlen gerühet, daß die Amts = und Dienst = Eyd kürzer und zweckmäßiger eingerichtet werden sollen, so wird nach erfolgter Revision der im 3ten Theil der allgemeinen Gerichts = Ordnung enthaltenen Eyd = Formulare folgendes festgesetzt:

- I. Der nach §. 43. Tit. 2. von den Präsidenten und Directoren der Landes = Justiz = Collegien abzuleistende Eyd wird dahin abgekürzt:

Ich schwöre
zu Gott dem Allmächtigen und Allwissenden einen leblichen
Eyd, daß nachdem ich zum

bestellet worden, Seiner Königlichen Majestät von Preußen meinem allergnädigsten Herrn, ich treu und gehorsam seyn, alle mir vermöge meines Amtes obliegende Pflichten gewissenhaft und genau erfüllen, auch mich davon durch kein Ansehen der Person, keinen Vortheil, keine Leidenschaften oder andere Nebenabsichten abhalten lassen will.

Ferner schwöre ich, allen Fleiß anzuwenden, daß die Gerechtigkeit nach Vorschrift der Gesetze gehandhabt, und jedermann schnelle und unpartheiische Justiz administriert werde.

Insbefondere gelobe ich, sämtliche mir subordinirte Justizbediente in beständiger Aufsicht zu halten, und unermüdet dahin zu sehen, daß ein jeder derselben den ihm obliegenden Amtspflichten schuldiges Genuge leiste.

Endlich schwöre ich, in allen Fällen, wo es die Dienstverfassung erfordert, strenge Verschwiegenheit zu beobachten, und mich in allen Stücken so zu verhalten, wie es einem rechtschaffenen Königl. wohl anstehet und gebühret. So wahr mir Gott helfe durch Jesum Christum.

II. Der nach §. 63. Tit. 3. von den Råthen der Justiz-Collegien abzuleistende Eyd ist nach dem No. I. vorgeschriebenen Formular einzurichten, nur daß statt der eingerückten Worte gesetzt wird:

Insbefondere gelobe ich, meinen Vorgesetzten in Amtssachen, der Subordination gemäß, schuldige Folge zu leisten.

III. Der nach §. 37. Tit. 4. von den Auscultatoren und Referendarien, ingleichen nach §. 22. Tit. 5. von den Secretarien, und nach §. 55. desselben Tituls von den Registratoren abzuleistende Eyd ist nach dem No. I. vorgeschriebenen Formular einzurichten, nur daß statt der eingerückten Worte gesetzt wird:

Insbefondere gelobe ich, die Protocolle getreu und richtig zu führen, die mir von meinen Vorgesetzten aufgetragene Geschäfte willig zu übernehmen, und nach meinen Kräften mit genauer Beobachtung der gesetzlichen Vorschriften gewissenhaft zu besorgen, auch diesen meinen Vorgesetzten in Amtssachen, der Subordination gemäß, schuldige Folge zu leisten.

Hieraus ergibt sich, daß wenn ein Auscultator zum Referendario, oder zum Secretario, oder zum Registratore ernannt wird, es keiner anderweitigen Verenderung bedarf.

IV. Die nach §. 71. Tit. 5. von den Canzlisten, nach §. 92. von den Canzleydienern, Botenmeistern und Boten, ingleichen nach §. 105. von den Landreutern und Executoren abzuleistende Eyde, werden dahin abgeändert:

Ich schwöre
zu Gott dem Allmächtigen und Allwissenden einen heiligen
Eyd, daß nachdem ich zum

angenommen worden, Seiner Königlichen Majestät von Preuss
sen meinem allergnädigsten Herrn, ich treu und gehorsam seyn,
die in Dienstsachen von meinen Vorgesetzten erhaltenen Befehle
willig und unweigerlich befolgen, mich den erhaltenen Anweis
ungen gemäß betragen, über alle zu meiner Kenntniß gelang
ende geheim zu haltend. Dienstangelegenheiten ein unverbrüch
liches Stillschweigen beobachten, an Gebühren nicht mehr als
die vorschriftsmäßige Sätze fordern oder annehmen, auch von
gewissenhafter Verwaltung meines Amtes mich durch Geschenke,
Freundschaft, Feindschaft, Versprechungen oder Drohungen
nicht abhalten lassen, sondern vielmehr mich überall in Aus
richtung meines Dienstes treu, ordentlich, nüchtern und unver
droffen betragen will. So wahr mir Gott helfe zur ewigen
Seligkeit.

V. Der nach §. 17. Tit. 6. von den fiskalischen Bedienten abzu
leistende Eyd ist nach dem No. I. bestimmten Formular in der
Art abzuleisten, daß statt der eingerückten Worte gesetzt wird:

Insbefondere gelobe ich, den Vortheil des Königlichen Fisci
überall nach meinem Vermögen wahrzunehmen, und
möglichst zu verhüten daß in keinem Falle zum Nach
theil desselben gehandelt werde, über die genaue Be
sorgung der landesherrlichen Verordnungen unermü
det zu wachen, allen etwanigen Contraventionen ei
frig und unverdroffen nachzuforschen, und solche ohne
Ansehen der Person zur gebührenden Bestrafung an
zuzeigen, die mir aufgetragene fiskalische Prozesse
und Untersuchungen vorschriftsmäßig zu führen und
bald möglichst zur Endschafft zu befördern, die aufzu
nehmende Protocolle genau und richtig niederzu
schreiben, und meinen Vorgesetzten in Amts=Sa
chen, der Subordination gemäß, die schuldige Folge
zu leisten.

VI. Der nach §. 118. Tit. 7. von den Justiz=Commissarien und
Notarien abzuleistende Eyd, ist nach dem No. I. bestimmten
For:

Formular in der Art abzuleisten, daß statt der eingerückten Worte gesetzt wird:

Insbefondere gelobe ich, den Partheyen, welche sich meines Rathes bedienen, nach meiner besten Wissenschaft und Einsicht zu assistiren, sie für Anstellung ungerechter Klagen, oder Ableugnung gegründeter Ansprüche zu warnen, ihnen die gesetzliche Vorschriften bekannt zu machen, diese auch selbst bey Ausrichtung der erhaltenen Aufträge genau zu befolgen, die Protocolle getreu und richtig zu führen, die Notariats-Instrumente mit der größten Sorgfalt nach den gesetzlichen Anweisungen auszufertigen, und in allen auf mein Amt Beziehung habende Angelegenheiten meinen Vorgesetzten, der Subordination gemäß, schuldicke Folge zu leisten.

Diesen Anweisungen gemäß haben sämmtliche Landes-Justiz-Collegia, ingleichen alle höhere und niedere Gerichte, bey Verpflichtung der Justiz-Officianten zu verfahren.

Gegeben Berlin, den 13ten November 1799.

Auf Sr. Königlichen Majestät allergnädigsten
Special-Befehl.

v. Goldbeck.



Pol. 8. III. 2477